

Kleine Anfrage 993

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Gerechtigkeit und Rechtsfrieden für Altanschießer: Nicht lockerlassen!

Im Rahmen der Fragestunde des Landtages am 17.12.2020 wurde in der Mündlichen Anfrage Nr. 334 die aktuelle Situation der Altanschießer-Beiträge erörtert. Hierbei wies der Innenminister darauf hin, dass die Landesregierung am Vollstreckungsverbot für nicht gezahlte Beiträge festhält und diesbezüglich per Rundschreiben vom 31.08.2020 alle Aufgabenträger informiert habe. Bezüglich der konkreten Analyse der Gesamtsituation sind bestimmte Nachfragen erforderlich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Inhalt des Rundschreibens richtig verstanden worden, wenn folgendes zusammenfassend festgehalten wird:
 - a) Bescheide, auf die hin nicht gezahlt wurde, dürfen nicht mehr vollstreckt werden, und zwar unabhängig davon, ob sie bestandskräftig geworden sind oder nicht. Ist dies korrekt?
 - b) Bei Bescheiden, auf die hin gezahlt wurde, die aber nicht bestandskräftig geworden sind, muss eine Rückzahlung an die Anschlussnehmer erfolgen. Ist dies korrekt?
 - c) Wenn ja, gilt Obiges zumindest für Anschlussnehmer, deren Anschluss vor dem Jahr 2000 erfolgt ist?
2. Der Innenminister hat in der besagten Sitzung mitgeteilt, dass es eine Abfrage bei den Aufgabenträgern gegeben habe, ob dem Vollstreckungsverbot Rechnung getragen wird. Diese solle sich auf die Fälle beschränken, in denen die Rechtslage klar ist. Ist sichergestellt, dass diese Formulierung nicht so zu verstehen ist, dass Zweckverbände die Ausrede ins Feld führen können, dass durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 01.07.2020 ja quasi alles unklar sei. Mit anderen Worten: Ist es zutreffend, dass die Zweckverbände sich zumindest unter Berufung auf die BVerfG-Entscheidung vom 01.07.2020 sich dem Vollstreckungsverbot nicht widersetzen können?

3. Wie viele Aufgabenträger haben die entsprechende Abfrage des Innenministeriums bereits beantwortet? Welche Erklärungen haben diese bezüglich der Verpflichtung zur Beachtung des Vollstreckungsverbots bzw. (in einigen Fällen) Rückzahlungsgebots gegeben? Mit welchen ~~Ausreden~~ Erklärungen wird die weiterhin erfolgende Vollstreckung bzw. Mahnung gerechtfertigt? Bitte tabellarisch nach Zweckverband (oder Eigenbetrieb) auflisten und hierbei angeben, ob Antwort erfolgt ist, ob Hinweise aus Rundschreiben befolgt werden oder nicht und ggf. warum.
4. Was gedenkt die Landesregierung gegenüber den Zweckverbänden zu tun, die weiterhin nicht-gezahlte Beiträge, die sich in Ansehung der BVerfG-Entscheidung vom 12.11.2015 als rechtswidrig erweisen, vollstrecken?
5. In einigen der obigen Fällen scheuen die Zweckverbände zwar die unmittelbare Vollstreckung, versenden jedoch Mahnungen, in denen unter Berechnung von 5 Jahre rückwärtiger Verzinsung die Zahlung gefordert wird. Dabei wird offenbar darauf gesetzt, dass die Anschlussnehmer pflichtbewusst bezahlen, ohne dass vollstreckt wird. Was gedenkt die Landesregierung gegen diese Praxis zu tun?
6. Manche Zweckverbände meinen, sich der Geltung der BVerfG-Entscheidung vom 12.11.2015 mit der Begründung entziehen zu können, dass durch den späteren Beitritt einer kleinen Gemeinde zum großen Verbandsgebiet das fiktive Entstehen eines neuen Verbandes bzw. einer neuen Anlage gegeben sei. Dieses neue „Entstehungsdatum“ liege nach dem Jahr 2004 bzw. dem Jahr 2000, sodass man der Rechtsprechung nicht unterfalle. In der Regel hat sich substantiell am Verband nichts geändert, er begeht sogar öffentlich Jubiläen seines Bestehens mit Bezug auf die tatsächliche Gründung Anfang der 90er Jahre, gegenüber den Anschlussnehmern wird aber ein neuer Verband mit neuem Entstehungsdatum fingiert. Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorgehen unter rechtlichen Gesichtspunkten?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um allen Anschlussnehmern, deren Bescheide sich in Ansehung der BVerfG-Entscheidung vom 12.11.2015 als rechtswidrig erweisen eine Erstattung zukommen zu lassen?